



Preis-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lücher und Weißbinder

Mr. 8

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Ausserien und Expedition: Hamburg 25,
 Claus-Groß-Str. 1, Fernn. 8244.

Anzeigen kosten die schlagende Non-
parteiliche oder deren Raum 50 Pf. (der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Hamburg, den 21. Februar 1920

Das Lohn- und Tarifabkommen bei den zentralen Tarifverhandlungen in Berlin.

Die Fortsetzung der Tagung am 7. Februar fand unter Leitung des Herrn Grise vom Reichsarbeitsministerium statt. Nachdem über den Gang und Stand der bisherigen Beratungen kurz Bericht gegeben worden war, hielt es für zweckmäßig, vorerst die Lohnfrage zu regeln, um diese sei die wichtigste, die weiteren Verhandlungen über das Tarifmuster würden sich dann leichter erledigen lassen. Von Arbeitgeberseite wurde verlangt, zuerst das Tariffschema zu beraten, während von unsrer Vertreter der gegenwärtige Standpunkt dargelegt wurde. Darauf wurde in die Beratung der Lohnfrage im allgemeinen eingetreten. Kollege Streine gab die folgenden Anträge der Gehilfenorganisation:

1. Den Gehilfen des Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Lücher- und Weißbindergewerbes wird eine weitere Lohn erhöhung gewährt. Diese beträgt für Lohngebiete mit über 100 000 Einwohnern M. 1,20, für alle übrigen M. 1 für jede geleistete Arbeitsstunde.

2. Für Städte mit teureren Lebensverhältnissen, aber dort, wo in benachbarten und gleichgearteten Lohngebieten höhere Löhne bestehen, ist die Zulage in den zurzeit geübten Gebieten entsprechend zu erhöhen. Ferner ist zu berücksichtigen, ob in andern, dem Malergewerbe nahestehenden Berufen, besonders dem Baugewerbe, in den einzelnen Lohngebieten höhere Löhne vereinbart sind. In solchen Fällen müssen die Löhne der Gehilfen des Maler- gewerbes jenen mindestens gleichgestellt werden.

Nach kurzer sachlicher Begründung der Lohnzuschüsse, die nur den notwendigsten Bedürfnissen entsprechen, gab er in den Bezirken diejenigen Orte bekannt, für die außerdem noch eine besondere Zulage von 10, 20 und 30 Pf. die Stunde folgen soll. Darunter befinden sich auch Orte, die nicht unter den Reichstarif fallen, für die also breitlich verhandelt werden muß. Wegen der übrigen werden die Gauvertreter der Arbeitgeber und unsere Bezirksteile noch in nähere Verhandlungen eintreten.

Zur Hauptforderung machte Herr Kruse den Vorschlag auf M. 1 für Großstädte und 80 Pf. für alle übrigen Orte. Die Verhandlungen im Baugewerbe müßten abgeworfen werden. Kollege Streine erklärte, daß die Gehilfenvertreter bis an die Grenze des Möglichen heruntergegangen seien, alle weitergehenden Forderungen seien nur aus dem Grunde zurückgestellt worden, um die Verhandlungen nicht zu verschwerten. Das zeige sich auch recht deutlich in der inzwischen stattgefundenen Aussprache mit den Gauvertretern. Es ist bestimmt, daß in allen Bezirken eine Verschärfung eingesetzt werde. Herr Kruse wünscht, daß auch ein Termin festgesetzt werde, wie lange die Abmachung gelten soll. Nach wiederholten Sonderberatungen der beiderseitigen Vertreter ist der Wunsch hierfür berechtigt sei, doch dürfe über den Mai dieses Jahres nicht hinausgegangen werden. In der Industrie und im Baugewerbe ständen in Kürze weitere Verhandlungen bevor, da könnten wir nicht zu weit zurücktreiben.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Termin von 3 Monaten einzusehen, mit der Klausel, daß, wenn besondere Verhältnisse während dieser Zeit eintreten, dies berücksichtigt werden müsse. Die Arbeitgebervertreter ersuchen um eine weitere Verlängerung 8 Termins. Die Verhandlungen im Plenum und die Abendstunden der Parteien unter sich zog sich bis in den Abend hin, nachdem auch ein weitergehendes Anbot von M. 1,10 und 90 Pf. von unsrer Vertretern nicht akzeptiert worden war. Nach weiterer Sonderberatung der Arbeitgeber gab dann Herr Kruse die Erklärung ab, daß sie die Forderung der Gehilfenorganisationen annommen, aber am

1. Juni festhalten. Nachstehendes Lohnabkommen auf Grund der Verhandlungen vom 5., 6. und 7. Februar 1920 wurde nunmehr den Organisationen zur Annahme vorgeschlagen:

Den Gehilfen des Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Lücher- und Weißbindergewerbes wird zu den jetzt gezählten Löhnen und Teuerungszulagen eine weitere Lohnzulage gewährt.

Diese beträgt für Lohngebiete über 100 000 Einwohner M. 1,20, für Lohngebiete unter 100 000 Einwohnern M. 1 für jede Arbeitsstunde.

Zu dieser Lohnzulage gehört der von den Vertretern der Bezirks-, Gau- Beziehungsweise Landesverbände vereinbarte Lohnausgleich (siehe Anlage). Für die Landesteile, wo unter den Vertretern eine Vereinigung nicht erfolgt ist, ist diese breitlich oder bezirkswise bis zum 1. März herbeizuführen, andernfalls wird das Haupttarifamt bis zum 6. März darüber entscheiden.

Das Lohnabkommen tritt ab 15. Februar in voller Höhe in Kraft und gilt bis zum 31. Mai 1920. Sollte jedoch auf Beschluss der Centralarbeitsgemeinschaft oder auf Eulab zuständiger Reichsbehörden wegen unerwarteter Verteuerung der Lebenshaltung eine besondere Zulage allgemein erfolgen, so werden sich die Vertreter der vertragsschließenden Verbände über die Anwendbarkeit einer solchen Zulage verstündigen.

Zur Verberatung des Tarifmusters zum Reichstarifvertrag und zur genauen Formulierung des Lohnabkommens wurde eine Kommission eingesetzt, bestehend aus den Kollegen Streine, Bismann und Brauer, letzterer vom christlichen Verband, und den Herren Kruse, Hansen und Wulf, letzterer vom Bund Deutscher Dekorationsmaler. Diese erlebte ihre Arbeit in achtstündigen Verhandlungen am Sonntag, 8. dieses Monats; das Resultat dieser Beratung lag Montag dem Plenum vor.

Die Vorschläge der Kommission wurden zwar eingehend bis in die späten Abendstunden hinein diskutiert, aber doch nur in belanglosen Einzelheiten abgeändert. Nur die zur Regelung der Ferien vorgeschlagenen Bestimmungen, die den längeren als 1 Jahr in einem Betrieb beschäftigten Kollegen einen Urlaub von jährlich 8 Tagen, steigend vom dritten Beschäftigungsjahr ab je 1 Tag mehr bis zu 6 Tagen, unter Fortzahlung des Lohnes gewähren sollten, wurden von den Arbeitgebern abgelehnt, weil unsre Vertreter sich entschieden weigerten, die Zuschläge für Überstunden, Nach- und Sonntagsarbeit von 25 Pf. beziehungsweise 50 Pf. etwa um die Hälfte herabzusetzen. Schließlich wurde vereinbart, die Behandlung der Ferienfrage bis zu den Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen zu versetzen.

Über das vorgeschlagene Tarifabkommen werden wir im nächsten "Vereins-Anzeiger" eingehender berichten und dieses selbst, wenn es durch Annahme beider Parteien zum Abschluß gekommen ist, an gleicher Stelle zum Abdruck bringen. Hier sei zusammenfassend nur folgendes hervorgehoben: Es wurde eine Hochsatzzeit von wöchentlich 48 Stunden festgesetzt. Die tägliche Arbeitszeit ist örtlich zu vereinbaren; Sonnabends und vor hohen Festen kann ein früherer Arbeitsschluß eintreten. Bei den 80 Pf. soll nur noch der Lohn für Gehilfen über 20 Jahre im Tarif eingetragen werden; Gehilfen unter 20 Jahren erhalten ganz generell 10 Pf. weniger. Die bisherigen Teuerungszulagen gehören nun mit zum Tariflohn. Besondere Vereinbarungen für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr und Invaliden sind dem Tarifamt oder dem Verbandsvorsteher zu melden, andernfalls gilt der Tariflohn. Die bekannten Bestimmungen über die Gegenleistung der Gehilfen, ferner die sogenannte Agitationsklausel und alle überschüssigen Vorschriften über Maßnahmen bei Tarifübertretungen wurden gestrichen. Zur Tarifüberwachung wurden die Gau-tarifämter bestellt; an ihrer Stelle können die Parteien Schiedsgerichte von Fall zu Fall einzehen.

Somit entscheidet das Haupttarifamt. Dieses wiederum wird in Zukunft nur mit einem Unparteiischen und mit 8 statt bisher 16 Parteivertreter besetzt, damit es schneller arbeiten herauszukommen. Das ist nun einmal nicht anders.

sann. Die Buschfahrt bei Arbeiten außerhalb des Tarifortes sind breitlich neu festzulegen. Ihr Arbeiten mit wesentlichen Arbeitsbeschwerden sind statt 5 Pf. nunmehr 20 Pf. zu zahlen, wenn nicht bereits mehr festgesetzt ist. Die Bestimmungen über die Bekämpfung der Schuhkonkurrenz werden bis auf einige allgemeine Anordnungen, gemäß unserer Vorlage, gestrichen. Die Lehrlingsfrage wurde durch Einschaltung der Bestimmungen hierüber aus den Richtlinien zur Gemeinschaftsarbeit vom November 1918 in dem Tarif erledigt. Die Vertretung der Arbeiter in den Betrieben soll nach den Vorschriften des Betriebsrätegesetzes erfolgen. Arbeitssachenweise auf paritätischer Grundlage sollen in allen Orten errichtet werden. Bei Akkordarbeit sind die Akkordsätze vor Beginn der Arbeit festzulegen.

Und Lohn- und Tarifabkommen auch 2 verschiedene Vereinbarungen mit verschiedenen Ablaufzeiten, so kann jedoch das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden. Die Kollegen müssen sich also über beides zusammen entscheiden.

Am Schlusse der Verhandlungen ereignete sich eine kleine Sensation. Der Vertreter des Sachsischen Meistersverbundes, der von Anfang an den Verhandlungen bewohnte, sich an diesen auch persönlich mit beteiligte und sie mehrfach sogar recht erschwert, erklärte plötzlich zum allgemeinen Entzücken, daß er das Lohnabkommen seinen Mitgliedern nicht überbreiten könne, denn über dieses habe er wegen mangeler Information nicht mit verhandeln können. Nebenbei sei er nicht Tarifontrahent, denn er beziehungsweise sein Verband gehörte dem Arbeitgeberverband seit 1. Januar nicht mehr an. Der Herr Vorsitzende kennzeichnete dieses Verhalten in so entschiedener Weise, daß Herr Schirmer sich veranlaßt sah, sich zu entfernen. Natürlich werden unsere sächsischen Kollegen das Verhandlungsergebnis, einschließlich des Lohnabkommens, wenn es allgemein angenommen ist, auch für sich als verbindlich ansehen.

Nach Festsetzung des 1. März als Zeitpunkt, an dem die beiderseitigen Centralorganisationen für die Gesamtheit ihrer Mitglieder beim Reichsarbeitsministerium über die Annahme oder Ablehnung der vereinbarten Abkommen sich zu erklären haben, wurden die umfangreichen, trotz wiederholter sehr zu gesprächigen doch allgemein durchaus sachlich geführten Verhandlungen abends 8 Uhr mit den üblichen Dankesworten an den Herrn Unparteiischen geschlossen.

Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens.

Der Wille zur Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens, der in den Arbeiterschaften Deutschlands lebendig ist, macht sich besonders auch unter den Angehörigen des Baugewerbes bemerkbar. Das geht hervor aus den Diskussionen über dies zeitgenössische Thema, die in den Fachzeitungen, den Versammlungen, auf den Verbandstagen und bei einzelnen Zusammenschüssen gepflogen werden. Gerade das Baugewerbe ist an dem Sozialisierungsproblem ganz her vorzragend interessiert, weil seine Tätigkeit mehr als die anderer Berufswege eine öffentliche Angelegenheit ist. Nicht nur deshalb, weil Staat und Gemeinde in großem Umfang Auftraggeber unseres Gewerbes sind, sondern auch deshalb, weil jedermann ein lebhafte Interesse hat an einer gesunden, geräumigen, preiswerten Wohnung. Welche Bedeutung die Wohnungsfrage für jeden einzelnen Menschen und damit für die Gesamtheit hat, braucht in der heutigen Zeit wohl nicht erst gesagt zu werden. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob der private Kapitalismus auf dem Gebiete des Bauwesens völlig ver sagt — viel mehr noch als auf allen andern Gebieten unseres Wirtschaftslebens —, und auch hieraus erklärt sich der Drang, auf dem Wege einer Sozialisierung des Baugewerbes den Versuch zu machen, das dem Elend unseres Wohnungswesens herauszuholen. Das ist nun einmal nicht anders.

Wenn der Kapitalismus versagt, muß der Sozialismus eingreifen.

Bei der Verwirklichung dieses an und für sich richtigen Gedankens wird sich sofort die Frage auf, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Dabei scheiden sich die Geister, und die Auseinandersetzungen beginnen. Unter Vergessung des Wirtschaftslebens kann man nämlich ganz verschiedene verstehen, weil der Begriff Gesellschaft rechtdeutbar ist. Die einen sprechen davon, daß der Staat oder die Gemeinde die Betriebe übernehmen sollte, andere wollen Genossenschaften bilden, die einzelne Betriebe oder Betriebsteile in die Hand nehmen sollen, wieder andere denken sich freie Arbeitsgemeinschaften, die bald hier, bald da wirtschaftliche Unternehmungen gründen und betreiben. In äußerst interessanter Weise behandelt August Glüsing, der Redakteur des "Grundstein", diese Frage in einer jüngst erschienenen Schrift „Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens“, deren Studium wir jedem empfehlen können, der sich in dies schwierige Problem hineinarbeiten will. Der Verfasser weist darauf hin, daß der Verbandsrat des Deutschen Bauarbeiterverbandes, in dessen Auftrage die Schrift verfaßt ist, auf dem Standpunkt der Verstaatlichung und Kommunalisierung des Baugewerbes gestanden habe, ohne jedoch die Frage zu erörtern, wie denn eigentlich der verstaatlichte oder kommunalisierte Betrieb organisiert sein müsse, um rentabler und sozialistischer zu wirtschaften als die privatkapitalistischen Betriebe. Er weist ferner darauf hin, daß sich überall in Staats- und Stadtparlamenten, selbst dort, wo sozialistische Mehrheiten vorhanden sind, ein starker Widerstand gegen eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung des Baugewerbes bemerkbar mache, weil man davon einen allgemeinen Rückgang der Leistungen und eine Verteuerung des Bauens befürchtet. Dagegen hat sich die Entwicklung in ganz überraschender Weise in der Richtung zur Verstaatlichung vollzogen. In zahlreichen Orten haben sich die Arbeiter des Baugewerbes zu Genossenschaften oder Arbeitsgemeinschaften zusammengetan und unter Ausschaltung der Betriebunternehmer Arbeiten von Staaten, Gemeinden und andern öffentlichen Körperschaften übernommen.

Auf Veranlassung des Deutschen Bauarbeiterverbandes hat am 5. und 6. Februar dieses Jahres eine Konferenz von Leitern sozialer Baubetriebe und Baugenossenschaften in Hamburg getagt, die über die bisherigen Ergebnisse der Arbeit berichten und über weitere Wege zum Ziel beraten sollte. An dieser Konferenz haben auch Vertreter anderer Gewerkschaften teilgenommen, die am Bauwesen interessiert sind. Über die bisherigen Ergebnisse läßt sich noch nicht viel sagen, da die Zeit noch zu kurz ist, aber so viel ging aus den Aussprachen deutlich hervor, daß die Schwierigkeiten überaus groß sind. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß ein sozialer Baubetrieb nur dann leistungsfähig sein kann, wenn er über tüchtige, gewissenhafte Arbeiter, über eine sachkundige Leitung und über genügendes Betriebskapital verfügt und wenn er sich erreichbare Ziele setzt. Das letztere wurde deshalb betont, weil es unter den Gründern und Leitern dieser neuen Betriebe Leute gibt, die die Welt im Sturme erobern wollen und dabei den Boden unter den Füßen verlieren. Was die sachkundige Leitung anbetrifft, so glaubt man, daß es an einer solchen nicht fehlen wird, wenn man sich darum bemüht, und was die tüchtigen, gewissenhaften Arbeiter angeht, so erhofft man, daß auch diese in reichem Maße vorhanden sein werden, falls in die Arbeiterschaft die Überzeugung hineingebracht wird, daß sie nicht mehr unter der Rente und zum Vorteil des Kapitalisten schuftet, sondern zum eigenen Vorteil und zur Förderung des Allgemeinwohles arbeitet.

Die wichtige Frage der Geld- und Kreditbeschaffung stand im Mittelpunkt der Aussprache. Es wurde beschlossen, einen Verband sozialisierter Baubetriebe zur gegenseitigen Unterstützung zu gründen und um die Hilfe der Regierungen, Behörden und aller gemeinnützigen Körperschaften zu werben. Dem neuen Verband wurden Richtlinien mit auf den Weg gegeben, die der bekannte Stadtbaurat Dr. Martin Wagner in Charlottenburg entworfen hat. Es heißt darin:

1. Sozialismus ist Neuland, das nicht als Paradies erachtet und in Besitz genommen werden kann; Sozialismus ist Neuland, das der kapitalistischen Flut mühsam und Scholle um Scholle abgerungen werden muß. Diese Schollenarbeit der Pioniere einer neuen Gemeinwirtschaft muß unter Schutz gestellt werden; ihre Hände Arbeit muß eingedeckt werden durch einen Verband sozialer Bauarbeiter. 2. In den Aufbau einer neuen Gemeinwirtschaft können wir nur unter der Perspektive einer Generationen fessenden harten Arbeit herangehen. Der Bau muß fest fundiert sein. Er muß auf eine enorme wirtschaftliche Widerstandskraft hin angelegt werden und darum einen gewissen Überfluß an Fundament aufweisen, das von der kapitalistischen Flut nicht unterspült werden kann. 3. Die ersten sozialisierten Betriebe werden bis zum Hölfe in dieser kapitalistischen Flut stehen. Ihre Arbeit ist eine Pionierarbeit. Sie sind die Sturmtruppen

für den Sozialismus. Schwächlinge können diese Sturmtruppen nicht brauchen. Sie sollen Wirtschaftsbeweise für den Sozialismus bringen unter denkbar erschwierlichsten Umständen. Die jungen Betriebe müssen darum erhöhte Erfolge, nicht den kleinen, sondern den großen Erfolg nachweisen erbringen, wenn ihre Arbeit die Beweiskraft für eine Verallgemeinerung haben soll; und das muß sie.

4. Der Verband sozialer Bauarbeiter hat die schwere Aufgabe, die in aufopfernder und verantwortungstreicher Arbeit stehenden Sturmtruppen unter seinen Schutz zu nehmen und neue Sturmtruppen zu bilden und zur Arbeit anzusegen. Sollte das darfst er zu einem Vorsatz verunglückter Betriebe oder verschlissener Gründungen werden. Er muß sich das Recht der Wiederherstellung und Ausbildung, das Recht schärfster Kontrolle und wirtschaftspolitischer Leitung vorbehalten."

Als Träger dieser sozialen Bauarbeiter kommen in Betracht: die Bauarbeiterverbände, die Arbeiterschaft, die gemeinnützigen Bildungsgesellschaften, Gemeinden, Staat und Reich. In Erwägung einer besseren Gesellschaftsform soll der Verband vorläufig als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Aktiengesellschaft mit einem Kapital von mindestens 10 Millionen Mark ins Leben treten. Die Beschaffung des Betriebskapitals hofft man durch eifrige Werbearbeit zusammenzubringen, wobei man auf die tatkräftige Unterstützung der Gewerkschaften des Baugewerbes rechnet, die ja ihrem Wesen nach selbst nicht Träger wirtschaftlicher Unternehmungen sein können.

Erst die Zukunft kann lehren, wie weit sich diese Ziele werden verwirklichen lassen; aber soviel steht schon heute fest, daß es eine unabsehbare Notwendigkeit ist, bald ans Werk zu legen, damit wir aus den theoretischen Überlegungen endlich einmal zur Praxis gelangen. Wo ein ernster Wille vorhanden ist, da wird es auch an einem Erfolg nicht fehlen.

Arbeit und Wohnung.

Jeder Mensch hat eine Wohnung nötig, die sein Glück tragen soll. Jedes von uns allen ist unser Heim der Mittelpunkt der Welt. An unser Heim denken wir bei unserer Arbeit, unser Heim gibt uns die Kraft zur Arbeit, und mögen wir in schönsten Stunden oder an schönsten Orten draußen sein, so denken wir doch allerorts und immerdar zurück an unser Heim.

Wie mühte uns allen dieses unser Heim schön sein und wonnig, wie mühte es uns allen eine wahrhaft würdige Hülle seines Glückes. Aber da ist es so eng und so beschränkt und so bar aller sonnigen Freiheit. Und warum? Ist nicht genügend Raum auf der Erde? Ist nicht von Natur so billig der Boden? Warum wurde er denn so eng und so teuer? — Durch unsere Arbeit. Weil wir arbeiteten, weil wir durch unsere Arbeit das wirtschaftliche Leben hoben, das dann immer weitere Massen nötigte, die wohnen wollten. Weil wir arbeiteten, darum war der früher fast wertlose Boden plötzlich so teuer; denn jetzt wurden auf ihm so viele einfärmert, die zusammen hohe Binsen brachten. Weil wir arbeiteten, darum wurde der Raum plötzlich so eng; denn die Binsen wurden um so höher, je mehr Menschen man zum Mietzins zusammenpferchte. Weil wir arbeiteten, darum wurde dem Bodenbesitzer so plötzlich der Geldbeutel gefüllt — ohne Arbeit. Weil wir arbeiteten, darum wurden reich all die Bodenläufer nacheinander, weil sie immer mehr aus dem Boden herauschlugen — ohne Arbeit.

Ist das sittlich? Ist ein einziger in der weiten Welt, der das in seinem tiefen Innern wahrhaft natürlich, sittlich nennen kann? Und das ist der Kapitalismus! Voll Schweiß und Mühe die Arbeit, und durch die Arbeit dem Nichtarbeiter der Gewinn. Und das gar bei dem wichtigsten Faktor unserer Lebenserfreude, bei unserer Wohnung, die einem jeden das Glück tragen soll. Es gibt nichts, das uns gerade heute in der Zeit höchster Wohnungsnott und größtem Wohnungswuchers deutlicher die ganze Unnatürlichkeit, die ganze volle Unsittlichkeit der Entwicklung des kapitalistischen Arbeitslebens zeigt, als unsere Wohnung. Wenn durch die Sozialisierung nur die Arbeit Lohn bringt: erst dann ist nach der Arbeit möglich das Glück daheim.

Lohnbewegungen und Streiks.

Potsdam. Die Lohnstreitigkeiten bei der Firma Zimmermann in Potsdam sind geregelt worden. Der Mindestlohn betrug vordem M. 2,80. Der Höchstlohn M. 8 pro Stunde. Durch Verhandlung sind 20 pf. hinzugekommen, und jetzt beträgt der Mindestlohn M. 2,70, der Höchstlohn M. 8,60. Es soll aber in nächster Zeit nochmals verhandelt werden.

Die abgestellte Hungersnot.

Als im Laufe Hungersnot war und den König wird berichtet, in des Reiches reichen Städten kicken viele Arme Hungers, — höret! Weiße rosige Auskunft Jesus traf, der Perseus: Eigenhändig schrieb er einen Brief an jede Stadt im Reiche dieses Jahrhunderts: „Wo ein Armer Hungers nicht in einer Mauer, wird ich für den Armen einen Reichen nehmen und im Kerker auch ihn Hungers sterben lassen!“ Niemand kann im Laufe Hungers, und die Reichen selber brauchen nicht zu hungern, mit den Armen war der Reichtum zu teilen.“ Friedrich Ritter.

Aus unserem Beruf.

Freiwilliges Gründungssekt der Filiale Berlin hatten, am Sonntag, 20. Januar, sechzehn Jahre alte Freunde, um die Kosten für eine große Feier zu sparen, wurde es nur im Mitgliedertreff abgehalten. Gefeierleb wurde die Feier am Nachmittag durch eine Generalversammlung im Gründungsort "Stadt Berlin", in der die Kollegen mit ihren Frauen und die Bevölkerung zahlreich erschienen waren. Als Verteiler des Hauptvorstandes war der Bezirksleiter Kollege Paul Vogt erschienen, der in einer einhalbstündigen Rede den Werdegang der Gesamtorganisation erläuterte. Der Vorsitz zeigte, daß die Anwesenden mit den Ausführungen im vollen Sinne einverstanden waren. Durch die Ansicht wurde sodann der britische Entwicklungsgang der Filiale vorgetragen. Hieran schloß sich der gemütliche Teil. Der Vereinsvorsitz Julius Ohse, der sein Amt auch suspendiert, der Kollege Wolf trug einen vom Tage entsprechenden, wortvollen Prolog vor. Dann trat der Zahl in seine Reihe, der abgewechselt wurde mit Vorträgen verschiedenster Art, die mit großem Beifall belohnt wurden. Die Feststimmung hielt die Kollegen bis zum Ende alle zusammen. Wie das Fest gezeigt haben, was in den 90 Jahren geleistet worden ist, und ein Ansporn sein für die weiteren Jahre.

Gildeheim. (Vierteljahrbericht.) In unserer Generalversammlung gab Kollegen Kuntz einen kurzen Überblick über den Stand der Filiale im Jahre 1919. Darauß ging hervor, daß wir ein arbeitsreiches Jahr hinter uns haben, da das vergangene Jahr der wirtschaftlichen Verhältnisse wegen, in seinem Vergleich zu all den Vorjahren stand. Es fanden 22 Versammlungen sowie eine Vertrauensmännerwahl statt, denen sich noch eine Reihe Vorstands- und Ortsstarträume anschlossen. Mehrere zusammengesetzte Versammlungen mit den christlichen Kollegen sorgten für ein gemeinschaftliches Zusammengehen, wo es die Besiedlungsfeste erforderte. Die Versammlungen waren im Durchschnitt von 40 pf. der Mitglieder besucht. Lohnbewegungen landen statt, in denen unser Lohn von M. 2,18 auf 2,40 beziehungsweise M. 1 auf M. 2,18 beziehungsweise M. 2,18 stieg, somit eine steuerliche Zeichen, doch stehen wir leider im Baugewerbe immer noch an letzter Stelle, haben doch allein die Maurer, in denen wir sonst auf einer Lohnstufe standen, uns um 55 pf pro Stunde überholt, eine Differenz, die sich Monat um Monat verdoppelt. Hier muß mit aller Energie eingegriffen werden! Schuld sind zum Teil die geringen Aufträge sowie die Bauherr eines Teiles der Kollegen selber. Verhandlungen wegen einer neuen Bulage sind im Gange, doch gilt es, die Schärfe bei Aufstellung unseres neuen Bleichstariffs wieder auszugleichen und wieder in den Bereich eines unbedarfenden Lohnwerts zurückzuführen. Hierzu muß jeder Kollege sein Teil beitragen und am guten Welingen mitarbeiten. Zur Generalversammlung konnten wir gleichfalls wieder einen Delegierten senden. Gegenüber dem Vorstand beträgt der Bruttogewinn M. 1800,88. Neu aufgenommen wurden 70 Kollegen, so daß wir 185 Mitglieder zählen; ungedachte sind noch außerhalb unserer Reihe. Auf die Neuordnung unserer Fachbibliothek wurde besondere Sorgfalt verwandt. Im wieder errichteten Ortstarifamt sind die Kollegen durch Christlichen und 8 unserer Kollegen vertreten, so daß wir wohl in stande sind, unser Wünschen den nötigen Rückhalt zu geben. Der neue Bleichstarientwurf, der die Versammlung bekanntgemacht und paratgebracht durchgesprochen wurde, stand im allgemeinen Anerkennung. Wir müssen sehen, was sich aus den örtlichen Verhandlungen herausheben lässt. Unseren Bewilligungen ist es seiner gelungen, wieder einen Arbeitsnachweis ins Leben zu rufen. Ein Vortrag über das Rüstsystem soll die Kollegen mit dem Betriebsrätegesetz näher bekanntmachen.

Es ist somit in dem in jeder Hinsicht arbeitsreichsten Jahre alles getan worden, die Kollegen zur regen Tätigkeit für unsern Verband heranzuziehen und zu ermutigen. Gestärkt, hoffen wir, getrost den wirtschaftlichen Kämpfen bis zum Abschluß des neuen Bleichstarifs, bringen können, entgegentreten zu können. Zum Schlus, Kollegen rufen uns auch zu: „Treu zum Verband, und frisch ans Werk.“

Königsberg i. Pr. Am 16. Januar tagte im Gewerkschaftshaus unsere Generalversammlung, in der Kollege Nehfeld einen kurzen Überblick über die aktuelle Verhandlung gab. Trotzdem wir während des Krieges auf 200 Mitglieder gesunken waren, haben wir, durch die Mitarbeit der Kollegen unterstützt, der Filiale zu einem guten Aufschwung verholfen. Denn es sind jetzt annähernd 800 Kollegen organisiert, und wir haben also in dieser Beziehung einen guten Fortschritt gemacht. Des Weiteren führte er aus, daß jetzt sämtliche Arbeitgeber in einem Verband zu organisieren suchen. Da unser Tarifvertrag am 16. Februar abläuft, ist es selbstverständlich, daß die Kollegen dann geschlossen hinter der Verwaltung stehen. Etwaige örtliche Verhandlungen werden aller Voraussicht nach in vielen Begegnen notwendig werden. Die Einnahme und Ausgabe deckt sich mit M. 18 184,88. Der Rassienbestand beträgt M. 2104,18. Es wurde darauf dem Rassierer Guhlaffung erteilt. Der zweite Punkt: Erhöhung der Beiträge, entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Da alles teurer geworden ist, sind auch wir gezwungen, mit den Beiträgen in die Höhe zu gehen. Es kam dazu ein Antrag aus der Versammlung, die Beiträge um 20 pf die Woche zu erhöhen. Dieser Antrag wurde gegen 5 Stimmen angenommen. Der dritte Punkt der Tagesordnung, Neuwahl des Vorstandes, brachte die Kollegen eine sehr schmerzhafte Überraschung. Der langjährige Vorsitzende, Kollege Nehfeld, und auch der Rassierer Kollege Radtke, der während des Krieges die Filiale hochgehalten hat, legten ihr Amt aus Familiengründen ab. Gesundheitsmängel nieder. Von einer Vertrauensmännerwahl waren mehrere Kollegen vorgeschlagen. Gewählt wurden als Vorsitzender Kollege Thurau, als Rassierer der bisherige Schriftführer Kollege Kondroch. Als Beisitzer wurden die Kollegen Prapta und Wogenstein wieder gewählt und auf Antrag aus der Versammlung die Kollegen Nehfeld und Radtke dagegen neu; davon sollte Kollege Radtke als Schriftführer fungieren; die Kollegen Wulke und H. Schwarz als

horen und Kollegen Boeck als Karteilsgesetzter. Werner den Vertrauensmänner vom Vorstand aufgestellt und deren Namen der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Diese lassen dann Begegnungsstationen erhalten. Zum Schlus wurden die Kollegen aufgefordert, die neue Verwaltung weiter zu unterstützen, um sie den Arbeitgebern als geschlossene Masse gegenüberzustellen zu können, ohne das nicht zu erreichen ist. Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die sehr gute Versammlung geschlossen.

Münzburg. Am 18. Januar tagte beim Kollegen Bötsch unsere diesjährige Generalversammlung, in der der Vorsitzende im Jahresbericht erschien. Ein erfreuliches Unwort war der Mitgliederzahl und eine wesentliche Besserung der Sozialverhältnisse waren daraus zu verzeichnen. Wurden am Anfang des Jahres noch Stundenlohn von M. 1 geahlt, so war es der christlichen schlechten Verhältnisse unserer ehrbaren Gewerkschaft gelungen, bis zum Ende des Jahres den Lohn M. 1,80 zu erhöhen, so daß jetzt der Stundenlohn für Gelehrte über 9 Jahre M. 2,80 beträgt. Dieses soll ein Ansporn alle Kollegen sein, eine rege Aktion zu entfalten, damit uns gelingt, auch den Rest der noch abseits stehenden Kollegen für unsern Verband zu gewinnen; denn es sind noch immer Dutzend am Ort, für die wir die Rätsel aus dem euer holen müssen, die uns den Kampf ums Dasein so schwer machen. Für unsere organisierten Kollegen, deren Verständnis für den Verband noch sehr zu wünschen übrig ist, muß es bei den gegenwärtigen Tarifverhandlungen die Pflicht sein, kräftig zu agitieren, die Versammlungen antlich und regelmäßig zu besuchen. Kollegen! Es ist Gegenübung, und Ihr erleichtert der Führung die Arbeit um unsere gemeinsame Sache. "Wir könnten viel, wenn wir zusammenstünden." Einigkeit und nochmals Einigkeit, das sind unsere Lösung sein; dann wird es uns gelingen, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. In den Vorstand wurden neu gewählt: zum ersten Vorsitzenden Kollege Bertholdreymann, Kollege Wilh. Müller zum Kassierer, während Schriftführer, Kollege Wilh. Bremser, einstimmig wieder gewählt wurde.

Osnabrück. (Jahresbericht.) Durch den Krieg war unsere Filiale bis auf 4 Kollegen zusammengezogen. Nach der Heimkehr aus dem Felde hatten wir im Januar 1919 21 Mitglieder. Leider sind eine Unzahl Kollegen gefallen, darunter 2 Vorstandsmitglieder. In der ersten Zeit nach dem Kriege war die Arbeitsgelegenheit in unserem Berufe nicht groß; es haben daher viele Kollegen in staatlichen oder industriellen Betrieben Arbeit gesucht und sind größtenteils auch jetzt dort geblieben. Die Folge war, daß unser Verband einen Teil dieser Kollegen an den Eisenbahner- respektive Metallarbeiterverband abgeben mußte. Wir hatten am Schlus des ersten Quartals 80, am Schlus des zweiten Quartals 58, am Schlus des dritten Quartals 72, am Schlus des vierten Quartals 80 Mitglieder. Die Lohnverhältnisse waren wie folgt:

	für Kollegen unter 20 Jahren	über 20 Jahren
ab 1. Januar 1919	M. —,90	M. 1,—
1. Februar	1,—	1,10
15.	1,80	1,40
15. Mai	1,80	1,90
1. November	2,10	2,80

Durch die extreme Verkürzung aller zum Leben notwendigen Sachen ist es allerdings nicht mehr möglich, mit einem Lohn von M. 2,10 respektive M. 2,80 auszukommen, neben mir doch hinter den andern Bauhandwerkern um ein beträchtliches zurück, zum Beispiel erhält ein Löhner juzzeit M. 2,90 pro Stunde. Es ist bestechend, daß ein Löhner, der 4 Jahre gearbeitet hat, weniger Lohn erhält, als mancher ungeliebte Arbeiter; zum Beispiel erhält ein städtischer Straßenlehrer M. 2,45 pro Stunde, außerdem noch die übliche Zeuerungsablage. Unser Verlust, mit den Arbeitgebern am Orte in Verhandlungen zu treten wegen einer neuen Lohn- respektive Zeuerungsablage, schaffte es dem ablehnenden Standpunkt der Arbeitgeber, die erklärt, sich nur auf zentrale Verhandlungen einzulassen. Durch den neu abzuschließenden Tarif erwarten wir nun, daß wir mit den andern Bauhandwerkern auf eine Lohnsätze kommen. Hierzu ist es allerdings erforderlich, daß auch alle Kollegen ihre Pflicht tun; leider mangelt es aber bei vielen Kollegen an Eifer bei der Arbeit. Kollegen! das darf so nicht weitergehn, es muß auch der letzte Unorganisierte unserer Organisation zugeführt werden. Darum Mann für Mann auf den Posten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Rheindorf. Als nach Ausbruch der Revolution die deutsche Arbeitersklasse dazu überging, sich mächtvolle Organisationen zu schaffen, war dieses Bestreben auch in den Reihen unserer Kollegen vorhanden. Nur konnten wir im befreiten Gebiet nicht so tätig sein, wie wir es gern möchten, da uns jegliche Verbindung mit dem unbesetzten Gebiet fehlte. Sowie es jedoch möglich war, mit den Düsseldorfer Kollegen Führung zu bekommen und wir etwas von der Außenwelt erfuhren, gingen die Rheindorfer Kollegen dann über, ihre Wahlstelle wieder ins Leben zu rufen. Es war auch hohe Zeit dazu; denn hier herrschten noch vorständliche Verhältnisse. Waren doch Löhne von M. 1 bis M. 1,80 noch im Frühjahr gang und gäbe. Erst der Organisation war es möglich, Niederdorf zu schaffen, so daß wenigstens ein Stundenlohn von M. 1,80 erzielt wurde. Wenn auch der Boden keineswegs den tatsächlichen Verhältnissen entsprach, so mußten doch die Verhältnisse in ihrer Eigennart berücksichtigt werden. Auch hier spielt die leidige Zersplitterung eine große Rolle. Während in andern Orten mit der christlichen Organisation ein Zusammenarbeiten eigentlich möglich ist, tritt im Münchener-Gladbach-Bereich, wozu auch Rheindorf gehört, das Gegenteil in die Erachtung. Das "Wie" soll hier kurz beobachtet werden: Im August 1919 reichten beide Verbände Forderungen ein auf Erhöhung der Löhne. Während unser Verband den für das Industriegebiet festgelegten Lohn von M. 2,80 forderte, hielt der christliche M. 2 für angemessen. Was aber besonders erstaunlich war, war, daß die Verhandlungen, die nach den eingereichten Forderungen stattfinden sollten, von dem christlichen Verband hintertrieben wurden. Die Arbeitgeber wollten nur mit beiden Verbänden verhandeln, was aber den Christen nicht passte. Deshalb machten sie den Arbeitgebern den Vorwurf, sie — die Arbeitgeber — ließen den Noten nach. Als sich die Arbeitgeber trotzdem darauf nicht einließen, legten die Christen furzerhand, ohne unsere Organisation von ... und etwas in Kenntnis zu setzen,

die Arbeit nieder mit dem Erfolg, daß nach zehntägigem Streit dieser ergebnislos abgebrochen werden mußte. Wohl wurden jetzt M. 1,80 gezahlt, aber nur für selbständige Gehilfen. Bei allen anderen Kollegen hatten die Arbeitgeber freie Hand, was auch wiederholt ausgenutzt wurde. Eine Versammlung, die im September in Wilhelms-Gladbach stattfand, brachte Klarheit, welche Umstände bestimmt waren, daß die Gehilfschaft so schlecht entlohnt wurde. Erklärt doch der Vater des christlichen Verbandes, der in dieser Versammlung anwesend war, folgendes: "Die christlichen Kollegen sind mit dem Lohn zufrieden, für die unverheirateten Kollegen aber ist der Lohn völlig ausreichend, besonders, wenn man sieht, wie dies des Sonntags M. 80 bis 90 für Vergnügungen ausgegeben." Kollegen! Wenn solch eine Ansicht bei den Leitenden im christlichen Verband vorherrschen wird, dann können wir es auch verstehen, weshalb es hier nicht vorwärts geht. Wenn die Schuld daran trifft, mögen sich die Kollegen auf vorstehendem selbst beantworten. Ihnen Erfolg aber hat diese Taktik doch gehabt: kommen doch die Kollegen, die bisher im christlichen Verband waren, zu der Einsicht, daß ihr Platz nur bei uns sein kann. Rund 80 % der biegsamen Kollegen sind jetzt bei uns organisiert. Unser liegt es, die übrigen Kollegen über Wesen und Wert der Organisation aufzuklären. Dies müssen wir alle unermüdlich tätig sein. Sorgen wir also, daß unsere Organisation die Bedeutung erlangt, die ihr kommt, damit wir endlich eine Vertretung bekommen, die auch wirklich unsere Interessen wahnt. Wollen wir etwas erreichen, müssen wir einig sein, müssen uns alle zusammenziehen in einer einzigen großen Berufsorganisation, im Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher Deutschlands. Dann wird auch für uns die Zeit gekommen sein, wo wir als Mensch leben können.

Gebürg. Unsere am 29. Januar dieses Jahres abgehaltene Mitgliederversammlung erfreute sich eines guten Besuches und nahm einen sehr anregenden Verlauf. Kollege Stejschmann, Dresden, gab einleitend ein überblickliches Bild über unsere Forderungen zum neuen Tarif, nachdem er das Entstehen und den Ausbau der Tarifverträge in unserm Berufe erläutert hatte. Neues Interesse bringen die biegsamen Kollegen jetzt der gewerkschaftlichen Bewegung entgegen, dank den Gemüthen unseres Wahlstellenleiters, Kollegen Kowal. Zum Punkt "Verbandsangestellten" gab Kollege Kowal eine Enfrage des Kollegen Clausinger bekannt, die auf Wunsch der anwesenden Kollegen im "Vereinsangehörigen" veröffentlicht werden soll. Diese lautet: "Unterschreiter bittet den Vertrauensmann der Wahlstelle Gebürg, von folgendem Kenntnis zu nehmen: Wie komme ich, daß, wenn über eine Zeuerungsablage verhandelt wird, die Bauhandwerker und regelmäßig um einige Wochen voraus sind und die zugesprochene Julag schon erhalten (meist mit rückwirkender Kraft), während in uniform Berufe erst die Verhandlungen beginnen? Schreiber dieses kann absolut nicht einsehen, daß die organisierten Malergesellen hinter den andern organisierten Berufen zurückstehen sollen und wünscht, daß auch unsere Gehilfenvertreter fernherhin rechtzeitig die nötigen Maßnahmen treffen, um Verhandlungen anzubaden. Da über eine weitere Zeuerungsablage die Verhandlungen erst Anfang Februar beginnen sollen, dürften diese mit den neuen Tarifverhandlungen zusammenfallen und ein Vorteil für uns Gehilfen wohl schwierig zu erreichen sein."

Sewerkschafstliches.

Die gelben Vereine als Gewerkschaften vom Reichsarbeitsminister anerkannt. Vom Reichsarbeitsminister Bauer wurde am 2. Dezember 1918 eine Verordnung erlassen über die Errichtung von Fachauschüssen im Bäcker- und Konditorgewerbe. Die Bereitung der partitisch zusammengefügten Körperschaften liegt in den Händen der Berufsvereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es läuft also hierfür seitens der Arbeitnehmer nur die bestehenden Gewerkschaften in Frage. Wie nicht anders zu erwarten war, paßte das den Unternehmern nicht. Sie versuchten auch die Gelben, Bergungsvereine und sonstige unter den Gesellen leider noch bestehende meisterkreise Vereinigungen in die Hochschäfse hineinzubringen. Der Versuch aber scheiterte daran, daß Minister Bauer in Entscheidungen vom 2. und 22. März erklärte: "Als Berufsvereinigung im Sinne des § 8 sind solche Vereine von Berufsangehörigen anzusehen, welche die Wahrung der gemeinsamen beruflichen Interessen begreifen. Keine Bergungsvereine und gelbe Organisationen würden also ausscheiden."

Aber soll es aber anders werden. Der jetzige Reichsarbeitsminister Schlichte entschied am 26. Januar: "Auf Grund der mir nachgewiesenen Sachungsänderungen und der mir auf meine Rückfragen gegebenen sonstigen Ausführungen vermag ich den früher vertretenen Standpunkt, wonach der Bau der Bäcker-(Konditor-)Gesellen Deutschlands keine Berufsvereinigung im Sinne des § 8 Absatz 2 der Verordnung vom 2. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1897) sei, nicht aufrechtzuhalten.

Bei meinen Rückfragen habe ich die Einwendungen des Centralverbandes, soweit sie sich nicht auf die Betätigung des Bundes vor dem Zeitpunkt der Sachungsänderungen beziehen, berücksichtigt."

Die Ursachen, die zu der Aenderung der Ansichten zwischen dem früheren und jetzigen Reichsarbeitsminister beitragen, liegen lediglich in dem Beschlüsse der Tagung der Gelben in Dresden, nach dem in Zukunft an die Mitglieder Streitunterstützung gewährt wird. Der Streit selbst wurde aber nicht als wirtschaftliches Kampfmittel in die Sitzungen aufgenommen. Daß der Beschluß lediglich zur Erziehung beim Reichsarbeitsministerium beitragen sollte, geht auch daraus hervor, daß der Vorsitzende erklärte: Die Bugehrigkeit des Bundes zum wirtschaftsfriedlichen Hauptauschuss werde nach wie vor bestehen.

Die Folgen dieser Entscheidung sind heute in ihrer Auswirkung noch nicht zu überblicken. Es wird dadurch die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Mitleidenschaft gezogen. Der Hauptauschuss der wirtschaftsfriedlichen Richtung wird nunmehr, nachdem die Bahn für seine Bestrebungen frei ist, sofort alles versuchen, daß die Gelben mit dem gleichen Recht wie die übrigen Gewerkschaften in die Arbeitsgemeinschaft aufgenommen werden. Er wird seine mit den Arbeitgebern abgeschlossenen miserablen Tarife als rechtsverbindlich erklären lassen. Durch die Anerkennung der gelben Vereine als

Gewerkschaften stehen die Arbeitsgemeinschaften in Gefahr vereinigt zu werden. Der Centralverband der Bäcker und Konditoren lehnt es grundsätzlich ab mit den Gelben in dieser Körperschaft zusammen zu arbeiten.

Wie kommt aber Minister Schlichte dazu, jetzt, nachdem erst kürzlich die Grundsätze über die Arbeitnehmerorganisation veröffentlicht wurden, nach denen die Beleitung in den Händen von Arbeitnehmern liegen muss und seine Zuwendungen materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen angenommen werden dürfen, beides aber bei dem gelben Bäckerbund nicht zu trifft, eine solche Entscheidung zu treffen? Es ist zu erwarten, daß die Entscheidung sofort aufgehoben wird.

Sozialpolitisches.

Zur Herabsetzung der Wehrkraft wird uns geschrieben: Wir stehen also doch vor der unabwendbaren Tatsache, daß die Wehrkraft verfügt werden mußte. Die Verkürzung ist bereits mit dem 9. Februar erfolgt, und zwar von bisher 280 Gramm pro Kopf und Tag auf 200 Gramm. Außerdem wird das Getreide wieder etwas mehr ausgemahlen. Also neben der Herabsetzung der Brotration auch eine gewisse Verkleinerung. Das Brot wird aber immerhin noch besser sein als das frühere Brötchen. Das Reichswirtschaftsministerium war bemüht, die Herabsetzung der Brotration nach Möglichkeit zu vermeiden. Deshalb wurde durch Verordnung vom 18. Dezember eine besondere Lieferungskräfte für Getreide festgesetzt. Man glaubte, daß dadurch die Auflieferungen sich erheblich verbessern würden. Durch die Weihnachts- und Neujahrstage kamen die Auflieferungen wieder ins Stocken, vorübergehend nahmen sie dann etwas zu, aber nicht so, daß die Reichsgetreideanstalt nicht doch besondere Maßnahmen hätte treffen müssen, um das Getreide zu strecken. Auslandsgetreide können wir infolge unserer schlechten Wahrts nicht in unbeschränkter Menge einführen. Auf der am 6. Januar in Stuttgart veranstalteten Wirtschaftskonferenz hatte der Reichswirtschaftsminister deshalb bereits angekündigt, wenn die Lieferungssprämien nicht den gewünschten Erfolg haben würden, würde eine höhere Ausmahlung des Getreides und im Notfalle eine Herabsetzung der Ration erfolgen müssen. Die Androhung muß bedauерlicherweise schon jetzt zur Wahrheit werden. Es ist fast noch die halbe Ernte im Lande. Von den von der Reichsgetreideanstalt zur Lieferung aufgeschriebenen 2,9 Millionen Tonnen an Getreide sind bisher nur etwas mehr als 1,9 Millionen Tonnen erfaßt. Wenn auch ein Teil bereits verfüllt oder im Schleichhandel verschwunden ist, so darüber doch noch erhebliche Mengen im Lande vorhanden sein. Die Belieferung ist jedoch etwas ins Stocken geraten, einmal infolge von Kohlemangel, dann infolge der Transportkrise, ferner weil große Lieferungsbegrenzung (Posen, Polen usw.) in Wegfall gekommen sind. Dazu kommt, daß in letzter Zeit in vielen Städten durch die mangelhafte Kartoffelbelieferung das Getreide als Erstes in starrem Maße herangezogen wurde und dadurch die Bestände rascher zusammengeschmolzen sind. Das Reichswirtschaftsministerium mußte deshalb zu der oben genannten Maßnahme greifen, um die Ration, wie besont wird, vorübergehend herabzusetzen. Wie sprechen offen aus, daß wir die Herabsetzung als einen Dauerzustand bis zur neuen Ernte betrachten. Wir glauben nicht daran, daß man am Schluß des Geschäftsjahrs, wo die Schwierigkeiten in jedem Jahre besonders groß wurden, an eine Erhöhung denken kann. Wir müssen uns mit der gegebenen Tatsache abfinden. Jetzt muß aber alles darangesetzt werden, daß das im Lande vorhandene Getreide nun tatsächlich der Reichsgetreideanstalt zugänglich ist, damit wir nicht noch schwierigere Dinge erleben. (Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß es gerade in dieser Beziehung noch viel zu befürchten ist.) Ein großer Teil der Erzeuger hat bis heute noch nichts abgeliefert in der Erwartung, daß die Preise noch weiter steigen.) Voraussetzung ist natürlich erhöhte Kohlensförderung und ein geregeltes Transportwesen. Hoffen wir, daß es uns gelingt, über die schwierigen nächsten Monate hinwegzukommen. Es wird allerdings der Anstrengung aller Kräfte bedürfen.

Zur gesetzlichen Bekleidung des Achtstundentages, Nachdem seit dem Erlass des Reichskomites für wirtschaftliche Demobilisierung vom 28. November 1918 die Arbeitszeit für gewerbliche Arbeiter und Angestellte allgemein auf höchstens 8 Stunden festgesetzt worden ist, ist jetzt mehr als ein Jahr verstrichen und man kann sagen, daß der Achtstundentag für Industrie und Gewerbe als allgemein durchgesetzt gilt. Wo diese achtstündige Arbeitszeit überschritten werden mußte, geschah es in vereinzelten unvermeidlichen Ausnahmefällen, für die stets eine behördliche Genehmigung notwendig war. Arbeiter und Angestellte wachen mit Hilfe ihrer Organisationen darüber, daß es in solchen Fällen stets nur Maßnahmen bleiben. Im Bergbau ist sogar schon die Siebenstundenschicht eingeführt worden.

Heute hat die internationale Arbeiterskonferenz zu Washington die internationale Einführung der 48-Stunden-Woche beschlossen. Auch in ausländischen Ländern ist die Einführung nach dieser Richtung zwar schon erheblich vorgeschritten, indessen scheint Deutschland in dieser Sache immer noch an der Spitze zu marschieren, denn, wie wir hören, ist die endgültige gesetzliche Festlegung des Achtstundentages bei uns schon vor längerer Zeit in Angriff genommen worden.

Demoralisation. Man kann jetzt öfter über die "Demoralisation" des Volkes lesen, das "Volks", das heißt des Proletariats. Und als Klafferbeispiel wird jetzt angeführt, wie die Wiener proletarische Bevölkerung allen Verböten zum Trotz die Männer draußen förmlich nach Hause tritt, nur um nicht frieren, — nicht erfrieren zu müssen. Denn das Erfrieren ist all den Schwachen und Kranken unauflieblich, die nicht gewärmt werden von dem entgegen den Bestimmungen geholten Holze. Und weil sie nicht erfrieren wollen, weil sie am Leben hängen, weil sie Liebe führen zu den Ihren, und weil sie deshalb zu dem einzigen Mittel greifen, das überhaupt möglich ist: darum sind diese Proletarier "demoralisiert".

Kann etwas die volle Demoralisation der bürgerlichen Herzen beweisen, als solch ein schmückiges Aus-

schlachten der Not der ärmeren Proletarier? Können wir eine Zukunft erhoffen von solchen Naturen? — Nur selber kann sich das Proletariat helfen, nur durch einen Zusammenschluß im wirtschaftlichen Kampfe.

Wenn das dieser wirtschaftliche Klassenkampf, daß dieser Gewerkschaftskampf zugleich das *sittliche Glück* in sich trugt, das zeigt uns nur zu deutlich diese Wiener Not. Keinem Menschen würde es einfallen, den schönen Wiener Wald, der sich rings um die Stadt zieht, zu fällen, blüh, ohne Mann, wenn die Verhältnisse nicht dazu zwingen. Die Verhältnisse machen den Menschen. Sittliche Verhältnisse bringen nicht nur in Wohlstand auch in die Menschen das sittliche Glück, und unter die Menschen das sittliche Verhalten. Und diese Verhältnisse sind es, die unser gewerkschaftlicher Kampf zu ändern bestrebt ist, die er aufzubauen will auf neuer, natürlicher, gerechter, sittlicher Grundlage. Und die "Demoralisation", von der man so gern spricht, ist nur ein deutlicher Beweis dafür, wie notwendig, wie dringend erforderlich dieser gewerkschaftliche Kampf ist in der Entwicklung ist. Nur aus innerem Kampf heraus wird geboren eine neue Welt und damit ein neues sittliches Menschenium.

Genossenschaftliches.

Wer hilft sozialistieren? Wenn es hoch kommt, gehören heute 3 Millionen Familien in Deutschland Konsumvereinen an. Höchstens der fünfte Teil der Arbeitersfamilien hat die Mitgliedschaft erworben. Alle anderen tragen den letzten Weinung dem Privatkapitalismus ins Haus, stellen dessen Taschen und beschägigen ihn, seine Waren aus Betrieben zu beziehen, deren Ertrag nach konservativen Methoden kapitalistisch genutzt, die ihn mißhöch einsachen! Seit Deutschland Republik geworden ist und eine demokratische Verfassung die persönliche Freiheit des Staatsbürgers sichert, besteht nicht der schwachste Grund mehr für das Fernhalten von der sozialisierten Bedarfdeckung mittels der genossenschaftlichen Organisation. Warum sehen die Massen nicht ihren Wunsch, zu sozialistieren, wenigstens dort in die Wirklichkeit um, wo ihnen ungehindert Möglichkeit geboten ist? Warum strömen nicht die unbemittelten Volksgenossen in helle Häuser in die fast überall bestehenden Konsumvereine? Warum wird so viel geredet und so wenig gehandelt?

Wer eine neue Wirtschaftsordnung schaffen will, muß sie aufbauen von unten auf. Sie läßt sich nicht beschließen noch verordnen, sie will organisch auf breitestem Grundlage entwickeln sein. Die Genossenschaft bietet eine solche Grundlage. Man stelle sich nur auf diesen festen, sicheren Boden und beginne zu bauen, statt sich in Plänen zu erschöpfen, deren Durchführbarkeit noch in weiterem Felde liegt. Man knüpfe getrost und unverdrossen an das Vorhandene an, erweitere und ergänze es in rascher, zielbewußter und vorsichtig berechnender Arbeit — und man wird gar bald sehe, daß freiwillig-gemeinnützige Wirkungen Dinge zu vollbringen vermögen, die uns kein noch so starker Zwang erschaffen wird.

Der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert! Nach den soeben einkaufenden labellarischen Überblickstafel zur Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften am 31. Dezember 1918 1127. Zur Verbandsstatistik berichteten 1088, deren Mitgliederzahl 2 300 088 betrug. Im Vorjahrzerrung die Zahl der an den Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften 1067. Zur Statistik berichteten 1087 mit 2 196 081 Mitgliedern. Hierbei sind die Konsumgenossenschaften für Eßgut-Versorgungen und deren Mitgliederzahl nicht eingebrochen. Eine zweite konsumgenossenschaftliche Gruppe ist im Allgemeinen Verband der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vertreten. Deren Mitgliederzahl betrug reichlich 300 000. Außerdem bestehen eine Anzahl genossenschaftlicher Revisionssverbände, die keinen Zentralverband angeschlossen sind, und eine Anzahl von Konsumvereinen, die auch keinem Revisionssverband angeschlossen sind. Deren Mitgliederzahl kann mit Zuhilfenahme amtlicher statistischer Feststellungen auf rund 650 000 angenommen werden. Somit beträgt die Zahl aller Mitglieder der deutschen Konsumvereine insgesamt 3 200 000. Die Konsumvereinmitglieder sind Haushaltungsverstände; jedes Mitglied repräsentiert eine Familie. Die Gesamtheit der konsumgenossenschaftlich erschafften Volksgenossen beträgt somit 13 bis 16 Millionen, mit andern Worten: Der vierte Teil des deutschen Volkes ist konsumgenossenschaftlich organisiert!

Vom Ausland.

Die Maler und Anstreicher Wiens haben schon Ende Dezember vorigen Jahres an die beiden Arbeitgebergenossenschaften das Verlösen um eine weitere Lernerungszulage von 2 Kronen die Stunde gestellt. In einer Meistersversammlung wurden die Forderungen der Gehilfen voll bewilligt. Die Lohnhöhung ist am 2. Februar 1920 in Kraft getreten, und zwar erhalten alle Arbeiter 2 Kronen die Stunde mehr.

fachtechnisches.

Die Farbe beim Wohnungsbau. Eine Wohnung auf, wie Dr.-Ing. Erwin Gutkind in der "Bauwelt" in einem beachtenswerten Artikel über "Werte schaffender Wohnungsbau" aufführt, über die Zweckmäßigkeit hinaus eine Schönheit bringt. Es gibt keine Niederschärfen in der Baukunst! Die Schönheit der Verhältnisse, die Ausdrucks Kraft der Form, nicht der Formen, die leuchtende Stärke der Farben, das macht aus den Häusern erst wieder menschenwürdige Bauwerke. Vor allem die Farbe! Wir müssen den Mut zur Farbe, allerdings nicht nur als Dekoration, erst wieder gewinnen. Form und Farbe müssen unentzweigbar zusammenhängen. In einer bestimmten Form gehört nur eine ganz bestimmte Farbe. Hier liegen neue Möglichkeiten, die wieder Freude schaffen können. Wenn

nur mit die Farben, Utopien wären, die zwar bauen, aber in diesem Sinne nicht bauen können. Diese werden mit der Farbe nur falsches hervorbringen. Das alles ist vielleicht etwas viel verlangt, wo alle geistigen Voraussetzungen, jede kulturelle Selbstverständlichkeit fehlen, um über ästhetische Unstüdigkeit hinauszuwachsen. Ganz entsteht leicht so etwas — meistens ist es ja auch bei sonst ganz unheimbaren Bauten der Fall — wie "Heimatschutz", falsche Romantik durch "Anlehnung" in Form und Material und "nachempfundener Deutschtropfen". Es gibt nur einen "Heimatschutz", nämlich innerlich wahr bauen, dann kann jedes Gebäude auch ungewöhnliche Formen und Farben haben.

fachliteratur.

Das Februarheft der Deutschen Malerzeitung, "Die Mappe", enthält Tafel 4b: Tag und Nacht, ein Mosaikbild von Emil Bloch in Leipzig; Tafel 4c: Garten im Inneren, entworfen von Walter Klotz in Bielefeld; Tafel 4d: Die und Wand für ein Wohnzimmer, entworfen von Ludwig Weißberger in München; Tafel 4e: Tür und Fenster im Inneren, entworfen von Cornelius Hebing in München; Tafel 4f: Spätgotische Figuren. Im technischen Teil, der mit zahlreichen Abbildungen ausgestattet ist, die sich vielfach in der Praxis verwenden lassen, sind von größeren Aufsätzen zu nennen: "Paul Veronese", "Über die Bemalung von Möbeln", "Augenmaß und Handlichkeit" usw. Für jeden freihändigen Dekorationsmaler ist eine gute Gelehrte Fachzeitschrift unentbehrlich, darum können wir unsern Kollegen die Deutsche Malerzeitung, "Die Mappe", nur bestens empfehlen. Sie erscheint jährlich in 12 Monatsheften und 52 Wochennummern zum Preis von M. 6 vierteljährlich. Geben Postanstalt nimmt Bestellungen an oder der Verlag von Georg D. W. Gallwey in München, Finkenstr. 2.

Literarisches.

Das Gesetz über Betriebsräte. Gest 1 der "Gesetzeserläuterungen für Arbeiter und Angestellte", erläutert von S. Aufhäuser, 80 Seiten, Preis M. 8,50. Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Berlin O 2, Breite Straße 8—9. Dieser Kommentar zum Betriebsrätegesetz enthält neben sehr eingehenden Ausführungen zu den einzelnen Paragraphen einen wertvollen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Rätegebäudes in Deutschland und das Erstellen dieses Gesetzes. Bei den Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes wird immer wieder auf seine Vorgeschichte verwiesen, um so die Möglichkeiten für die Durchführung der teilweise sehr unklaren gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Eine Sammlung geschichtlicher Dokumente, die mit dem ersten Urteil des Berliner Vollzugsrates zur Neuwahl von Betriebsausschüssen vom 15. November 1918 beginnt, auch alle andern wichtigen Vereinbarungen im Wortlaut enthalt und mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über die Räte abschließt, sowie die besonders übersichtliche Anordnung des Textes erhöhen den Wert dieses Nachschlagewerkes. Seine Unschlagbarkeit ist für jeden Funktionär der Betriebsorganisationen sowie jeden Arbeiter- oder Betriebsrat unerlässlich. Auch für die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsräten wird die Schrift wertvolle Dienste leisten.

Die "Neue Erziehung". Die bekannte pädagogische Zweiwöchenschrift dieses Namens hat soeben ihren ersten Jahrgang beendet. Die Durchsicht der bisher erschienenen 26 Hefte weist eine reiche Fülle interessanter Stoffes auf. Alle Haupt- und Nebengebiete des Erziehungsproblems, aber auch namhaftester Schulreformer aller Richtungen sind darin vertreten. Eine besondere Fundgrube für alle Erzieher, Elternräte, Schulkommunisten usw. bilden die Rundschauen, die den Leser über das Wichtigste aus allen Kulturgebieten auf dem laufenden halten.

Klebende Anstriche härtet man am besten mit Kronengrund!

Lesen Sie das Handbuch „Neue Ölfreie Grundiertechnik“ von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis M. 3,85 postfrei.
Zu beziehen durch den Verlag des „Vereins-Anzeiger“, Hamburg 25, Claus-Groth-Straße 1, oder das „Forschungs- und Lehrinstitut für Ölfreie Grundiertechnik“, Paul Jaeger, Stuttgart 36, Paulinenstr. 5, oder jede Buchhandlung.

Filiale Leipzig.

Dienstag, 24. Februar, ab 8.00 Uhr
Jahres-
Generalversammlung
im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.
Mitgliedsbücher sind vorzulegen.
Der Filialvorstand.

Arbeiter!

Angestellte!

Jeder muß genau Bescheid wissen über das wichtige neue Gesetz über die

Betriebsräte!

Billig, übersichtlich, praktisch, volkstümlich ist das

Betriebsräte-Sonderheft d. Auskunftsblatt d. Arbeitsrechts

Betriebsräte-Vorabdruck, Vorzugspreis M. 3,50 zu zulässig Porto und

Nachnahmegebihr. Vorzugspreis für Politik u. Verkehr, Stat. gart., Pfizerstr. 264.

Streichbürsten

Pinsel aller Art

in Streichqualität
in billigen Preisen lieferbar.

H. W. Witte, Berlin 3 59.

Näckef. 2.

Maler- und Tüncher-

Schablonen

Ausführbuch franco M. 8,50. Schablon-

auswahl, franco gegen franco.

Moderne Werkezeuge, Lupenfibel,

Druckfibel, Strichfibel,

Spitzapparate, Gießkunst-Lupen-

fibel, Schraub-Lupenfibel M. 16.

Muster 11x15, Sort. 10 Blatt M. 5.

F. Haeder,

Erbach-Wiesbaden.

Der neue Jahrgang beginnt soeben mit einer vielbegrüßten Gewitterung: Alljährlich wird der "Neuen Erziehung" eine besondere sechzehnseitige "Internationale Erziehungskundschau" beigegeben, die im Auftrage der Abteilung für Erziehung der deutschen Liga für Volksbildung erarbeitet. Dr. Elisabeth Morton herausgibt. Die erste Nummer dieser Kundschau bringt schon Originalbeiträge aus England, Amerika, Schweiz, Frankreich, Spanien, Italien, Dänemark, Österreich usw.

Die "Neue Erziehung" kann bei jeder Postanstalt zu Preise von M. 6 vierteljährlich zugänglich Bestellgeb abnommen werden. Die Aussendung direkt unter Kreuzband vom Berliner Gesellschafts- und Erziehungsverein, Berlin-Niederschönau, kostet M. 7. Einzelnummer M. 1,20 und 15,- Porto.

Sterbetafel.

Berlin. Am 28. Januar starb der Kollege Carl Michaeli geboren am 11. Juni 1868 in Bahn. — Begehrte Witwe.

Am 1. Februar starb unser langjähriges Mitglied Oskar Hoerner. — Sektion Sachsen.

Am 8. Februar starb der Kollege Hermann Dürr im Alter von 88 Jahren.

Düsseldorf. Am 1. Januar starb der Kollege Hermann Michel, Lackierer, geboren am 28. März 1872.

Graudenz. Am 5. Februar starb unser ältestes Mitglied Friedrich Bolte an Herzschlag, geboren am 18. Mai 1862, seit 6. April 1889 im Verband. — Ein 68jähriger starb der Kollege Christian Weber eingetragen am 7. Februar 1919.

Nordhausen. Am 17. Januar starb unser langjähriges Mitglied Karl Mistbaum im Alter von 87 Jahren.

Ehre ihrem Lindenken!

Vereinstteil.

Bericht der Hauptklasse für den Monat Januar.

Gläsernde haben: Altena M. 290,00, Altenburg 525,00, Augsburg 700, Bamberg 298,50, Beuthen 200, Biberach 26,20, Brandenburg 400, Braunschweig 1000, Bremen 4000, Breslau 2000, Cassel 2600, Coblenz 440, Coburg 4400, Crefeld 400, Crimmitschau 500, Darmstadt 2000, Datteln 416, Delft 400, Delitzsch 500, Dortmund 4000, Duisburg 805,60, Düren 400, Eisenach 400, Eisenberg 120, Enden 400, Erfurt 500, Eschwege 9,10, Flensburg 700, Forst 400, Frankfurt a. M. 1500, Freiburg 462,50, Friedberg 500, Fürstenwalde 609,20, Gleiwitz 90, Görlitz 715,70, Greifswald 42,90, Grünberg 200,50, Guben 600, Gumbinnen 800, Güstrow 954,80, Hagen 500, Halberstadt 250, Hamburg 22, Heidelberg 568,90, Hildesheim 555,20, Hoyerswerda 149,95, Jauer 245,90, Karlsruhe 1080, Kempten 140,10, Kolberg 8, Königswinter 1500, Königslütze 612,90, Konstanz 150, Kühlungsborn 100, Kulmbach 136,50, Laß 94,90, Lauenburg 845,50, Leipzig 5500, Lissa 150, Lüneburg 259,50, Magdeburg 1000, Naumburg 704,80, Neustadt 171,55, Oppeln 168,70, Paderborn 350, Passau 100, Pforzheim 500, Plauen 9700, Rathenow 200, Reddinghausen 200, Schleswig 100, Schwerin 200, Solingen 906,90, Stralsund 400, Stuttgart 1800, Straubing 110,70, Swinemünde 150, Tarnowitz 455, Thorn 120,80, Ulm 530, Weimar 300, Weißwasser 49,70, Wiesbaden 3000, Wittenberge 24,90, Wolfenbüttel 715,75, Worms 400.

Wenker, Käffele.

Die Woche vom 22. bis 28. Februar 1920 ist die 8. Beitragswoche.